

Potsdam, 5. Februar 2021

## Schreiben zum Offenen Brief „Ultrafeinstaubbelastung: Unbekannte Gefahr?“

Liebe Andrea Lübcke, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für den offenen Brief zur BEAR-Studie und der Gesamtproblematik der gesundheitlichen Folgen des BER-Flugverkehrs!

Wir sind aus Anlass dieses Briefes und des Antrags der BVB/Freien Wähler zum gleichen Thema innerhalb der Koalitionsfraktionen und mit der Landesregierung über das weitere Vorgehen in einen intensiven Austausch getreten. Auf Initiative unserer Fraktion haben wir einen Entschließungsantrag eingebracht, der über die Problematik der BEAR-Studie hinausweist und nicht nur auf die Feinstaubproblematik, sondern auch auf das Thema Lärm eingeht. Dieser Entschließungsantrag wurde am 28.1.2021 beschlossen (DS 7/2908-B).

Schon 2011 war die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema der Gesundheitsfolgen des BER aktiv. Sie hat einen Antrag gestellt, wonach durch Langzeitstudien die Gesundheitsfolgen aufgrund der Lärmbelastung durch den Flugverkehr untersucht werden sollten (DS 5/4208). Dieses Anliegen wurde in modifizierter Fassung der damaligen Koalition vom Landtag beschlossen (DS 5/4238-B). Laut diesem Beschluss sollten insbesondere die Auswirkungen des Fluglärms auf das kognitive Verhalten und die Lebensqualität von Grundschulkindern untersucht werden.

Auf Basis dieses und eines weiteren Beschlusses (DS 5/4348-B) gab das Gesundheitsministerium eine Studie bei der TU Kaiserslautern in Auftrag, die die Folgen des Lärms für das kognitive Verhalten von Grundschulkindern untersuchen sollte. Leider konnte diese Studie nicht durchgeführt werden, weil die angeschriebenen Grundschulen keine Zustimmung erteilten und das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) auf Basis der geltenden Rechtslage keine Unterstützung zusagen konnte. Die Verordnung über die Genehmigung wissenschaftlicher Untersuchungen an Schulen sieht vor, dass die angestrebten Ergebnisse von wissenschaftlichen Studien an Schulen einen Bezug zum Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule haben sollen.<sup>1</sup> Eine

---

<sup>1</sup> Verordnung über die Genehmigung wissenschaftlicher Untersuchungen an Schulen § 1 (1), <https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/wissuv>

Genehmigung einer wissenschaftlichen Untersuchung kann insbesondere dann versagt werden, „wenn deren Zweck und Inhalt eine Mitwirkung der Schulen zwar voraussetzt, die Schulen aber vorrangig nur als organisatorische Hilfe zum Erreichen einer Zielgruppe dienen sollen (zum Beispiel bei vorrangig medizinisch orientierten Untersuchungen).<sup>2</sup>“ Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) musste daraufhin mit großem Bedauern diese Studie absagen und hat dies dem Landtag am 7. Februar 2020 mitgeteilt.

Bei der BEAR-Studie der Charité und des Universitätsklinikums Düsseldorf geht es, wie Sie wissen, um die Auswirkung von Ultrafeinen Partikeln (UFP) vom Flugbetrieb auf die Gesundheit der Kinder. Der Antrag auf Genehmigung der Durchführung dieser Studie an Schulen wurde vom MBS ebenfalls auf Basis der oben zitierten Verordnung abgelehnt. Bildungsministerin Britta Ernst bat in der Landtagsdebatte dafür um Verständnis. Es seien z. B. mehrere jeweils halbstündige Untersuchungen bei den Kindern geplant gewesen, was zu erheblicher Beeinträchtigung des geordneten Schulbetriebs führen könne.

Die Wissenschaftler\*innen haben daraufhin ihr Studiendesign geändert und arbeiten nun mit den Horten zusammen. Wir sehen mit der Durchführung der Studie in Horten durchaus eine gangbare Alternative. Zu den im offenen Brief angesprochenen Einschränkungen bezüglich der Erfassung der Zielgruppe scheinen die Wissenschaftler\*innen den Zugang zu Kindern auch in älteren Altersstufen für ausreichend zu bewerten. Die Finanzierung der Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes scheint gesichert. Auch für die Bereitschaft der Kommunen sich zu beteiligen, möchten wir uns ausdrücklich bedanken. Dennoch wird die Landesregierung sicher auf Basis des neuen Landtagsbeschlusses prüfen, ob zukünftig eine Genehmigung von Studien an Schulen möglich ist und inwieweit sich das Land an einer Finanzierung von Studien beteiligen kann.

Nach Auskunft des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) wurde eine UFP-Messstelle im Mai 2020 in die Gemeinde Blankfelde-Mahlow verlegt, um die Ultrafeinstaubbelastung zu messen. Die Übermittlung der erfassten Datenreihen an die Wissenschaftler\*innen ist gesichert.

Wir konstatieren, dass die Beschlüsse des Landtags aus dem Jahr 2011 zur Untersuchung der gesundheitlichen Folgen des BER-Flugbetriebs in Teilen zwar umgesetzt werden, dennoch bringt der Landtagsbeschluss vom 28.1.2021 zum Ausdruck, dass der Landtag sich hier eine aktivere Rolle der Landesregierung wünscht.

Laut diesem aktuellen Beschluss soll nun geprüft werden, inwieweit die Umlandgemeinden des BER bei der Erhebung neuer Studienergebnisse und Daten unterstützt werden können und wie wissenschaftlich arbeitende Institute in Brandenburg, beispielsweise die neuen gesundheitswissenschaftlichen Institute in der Lausitz, in die Erarbeitung und Auswertung der Daten einbezogen werden können.

---

<sup>2</sup> Ebda., § 5 (5)

Darüber hinaus soll die Landesregierung prüfen und Vorschläge unterbreiten, wie die aus Flugzeugen emittierten Ultrafeinen Partikel und weitere Luftschadstoffe sowie Lärm besser auf ihre jeweiligen gesundheitlichen Auswirkungen erforscht werden können und wie wissenschaftliche Studien zur Umweltbelastung des Luftverkehrs durch Messdaten des Landes noch besser unterstützt werden können.

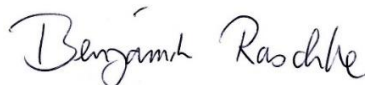
Wir bitten um Entschuldigung, dass im Zuge der außergewöhnlichen, monothematischen Belastung des Landtags und der Landesregierung durch die Covid-19-Pandemie das Thema Gesundheitsbelastung durch den Flugbetrieb am BER nicht mit der von euch und Ihnen zu Recht erwarteten Aufmerksamkeit durch die Landespolitik bedacht wurde. Auch aufgrund eures/Ihres offenen Briefes hat sich dies nun geändert. Das Thema hat mit der Debatte um diesen Brief, den Antrag der BVB/Freie Wähler und dem Entschließungsantrag der Koalition dazu wieder die Aufmerksamkeit im Landtag und in der Landesregierung erreicht, die es verdient. Wir bitten aber gleichzeitig um Verständnis, dass durch die Covid-19-Pandemie weiterhin viele Kräfte der Verwaltung gebunden sind.

Wir stehen euch und Ihnen selbstverständlich für weitere Anregungen und für Gespräche über das weitere Vorgehen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Budke  
Fraktionsvorsitzende  
und bildungspolitische  
Sprecherin



Benjamin Raschke  
Fraktionsvorsitzender



Thomas von Gizycki  
Flughafenpolitischer Sprecher